Der Wert des Widerspruchs für die demokratische Praxis

Gegen eine „alternativlose“ Politik

1. Welche Demokratie?

Im Zuge der Finanzkrise verkündet Angela Merkel 2010: „Ich halte das Vorgehen für alternativlos“, im selben Jahr wird der Begriff „alternativlos“ zum „Unwort des Jahres“ gekürt[1], da es den „politischen Diskurs ersticke.“ Und doch ist es exemplarisch für das politische Vorgehen in westlich-liberalen „Demokratien“: Im politischen Diskurs dominieren hier häufig Sachzwang-Argumente, die durch ökonomische und akademische Eliten diskursiv hergestellt werden und eine Naturalisierung der liberalen Demokratie und neoliberalen Marktwirtschaft erzeugen. Foucault (2017) beschreibt diese Ausrichtung der Gesellschaft an der Ökonomie und nach der Ökonomie als neoliberale Gouvernementalität. Dabei wird der Markt zum regulierenden Prinzip von Staat und Gesellschaft, dessen reibungsloses Funktionieren das Wohl aller garantieren soll (Lemke et al. 2000: 15). Diese Ausrichtung geht auf die Reflexion auf die Gesellschaft in Form der politischen Ökonomie zurück, mit der eine Naturalisierung der Gesellschaft einhergeht, die diese steuerbar machen soll (Foucault 2017: 39) und erscheint als rationaler, wissenschaftlich begründeter Konsens der liberalen modernen Gesellschaft (Mouffe 2017: 19). Politische Entscheidungen können demnach nur entweder „richtig“ oder „falsch“ sein (ebd.). Dieser Wahrheitsanspruch der Wirtschaftswissenschaft wird auf Grund der gesellschaftlichen Stellung von Wissenschaft nicht hinterfragt (Feyerabend 1979: 99), wirkt diskursiv auf individuelle und kollektive Handlungsmöglichkeiten und damit auch auf die politische Praxis. So wird für Entscheidungsträger*innen wissenschaftlich ein Feld von Möglichkeiten hergestellt und soweit naturalisiert, dass dieses nicht mehr als Einschränkung wahrgenommen wird, sondern schlicht „alternativlos“ erscheint. Dabei wird die Modellierung der Gesellschaft nach dem Vorbild der Ökonomie zum hegemonialen Konsens (Mouffe 2017: 83), der etwa über Bestätigung durch den „ökonomischen Mainstream“, Druck von Seiten wirtschaftlicher Akteure (Crouch 2008: 37) sowie der Globalisierungsrhetorik, die die Furcht vor dem Verlust der internationalen Wettbewerbskraft schürt, aufrechterhalten wird. Damit bestimmt der Kapitalismus nahtlos den Horizont des Denkens (Fisher 2009: 8) und lässt politischen Entscheidungsprozessen keinen Spielraum. Ein Umstand der sich deutlich im politischen Spektrum, besonders im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik, zeigt: Grundlegende Unterschiede zwischen den Parteien gibt es kaum (Mouffe 2017: 88). Das Feld wird aufgespannt zwischen Interventionismus und Liberalismus, das Konzept der Marktwirtschaft oder des Wirtschaftswachstums werden aber meist nicht angezweifelt. Diese erscheinen als Grundvoraussetzung der modernen Demokratie auf deren Basis ein rationaler Konsens zu diversen gesellschaftlichen Problemen hergestellt werden soll (ebd.: 10). Doch gerade dieser Glaube an einen „universellen rationalen Konsens“ hat das demokratische Denken nach Chantal Mouffe (2017) auf ein „falsches Gleis“ geführt (ebd.: 9): Auf diese Weise wird ein politischer Diskurs über unterschiedliche Lösungsansätze und die dahinterstehenden Interessen verunmöglicht und stattdessen eine

[1] https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-01/unwort-2010-alternativlos

wissenschaftlich legitimierte - und damit scheinbar allgemeingültige und unpolitische - Lösung hergestellt (ebd.: 12).

Doch tatsächlich steht die Wirtschaftswissenschaft in engem Bezug zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen: So bringen bestimmte Machtverhältnisse dieses Wissensfeld hervor und gleichzeitig stützt dieses Wissensfeld jene Machtverhältnisse (Foucault 1976). Dies zeigt sich im Zusammenspiel der ökonomischen, oftmals neoliberalen Eliten und dem neoklassisch-neoliberalen ökonomischen Mainstream (Callon 2005: 14): So bietet die wissenschaftliche Begründung einerseits die Legitimation für das Handeln von Regierungen und ökonomischen Eliten. Anderseits erfolgt ein Umbau der Gesellschaft nach dem Modell des Markts, der eine neue Form der politischen Steuerung ermöglicht (Foucault 2017: 336): Durch Einführung von Wettbewerbsmechanismen sind beispielsweise jene Akteur*innen, die sich besonders gut in das System einfügen, auch am erfolgreichsten. Dies bedeutet etwa für die Wissenschaft eine einseitig Förderung, während darüber hinaus die öffentliche Finanzierung reduziert wird und stattdessen die private Finanzierung meist aus der Wirtschaft eine neue Bedeutung erhält (Wodak 2015: 383). Dementsprechend hat der „ökonomische Mainstream“ direkten Einfluss auf die institutionelle Gestaltung der Gesellschaft und die kognitive Beschränkung zahlreicher Entscheidungsträger*innen (Callon 2005: 24). Diese diskursiv hergestellte Verengung von Handlungsmöglichkeiten führt zur Reproduktion der neoliberalen Gesellschaft und erschwert es alternative Gestaltungselemente zu imaginieren (ebd.).

Da die Ökonomie als Wissenschaft also entscheidend zur Reproduktion der bestehenden Herrschaftsverhältnissen beiträgt, die einen demokratischen Prozess beinahe verunmöglichen (Crouch 2008), gilt es sich besonders als Ökonom*in mit dieser Problematik auseinander zu setzen. Dazu soll zuerst ein kritisches Bewusstsein über das Paradigma des „ökonomischen Mainstream“ gewonnen werden, das den politischen Diskurs und damit die Handlungsmöglichkeiten der Entscheidungsträger*innen maßgeblich prägt. In Folge wird anhand von Chantal Mouffe (2017) das der liberalen Demokratie zu Grunde liegende Problem analysiert und ein mögliches Schema einer funktionierenden Demokratie entworfen. Zuletzt wird für eine andere Form der Wirtschaftswissenschaft plädiert, die einem demokratischen Prozess nicht konträr gegenübersteht, wie dies gegenwärtig der Fall ist.

2. Der „ökonomische Mainstream“

Die gegenwärtig den ökonomischen Diskurs[2] bestimmende Denkschule wird in Anlehnung an Kuhns (1967) Beschreibung der Normalwissenschaft als vorherrschendes Paradigma unter dem Begriff des „ökonomischen Mainstreams“ zusammengefasst (Hirte und Thieme 2013: 22). Unter Paradigma verstehe ich hier „allgemein anerkannte wissenschaftliche Leistungen, die für eine gewisse Zeit einer Gemeinschaft von Fachleuten maßgebende Probleme und Lösungen liefern“ (Kuhn 1962: 11). Diese bauen auf einem bestimmten Fundament auf, also dem Denken der Wissenschaftler*innen immer schon zu Grunde liegende Annahmen, etwa Vorstellungen über Geschehnisse, Vorgehensweise oder Axiome, die nicht mehr hinterfragt werden und damit Grundlage jeder möglichen Erkenntnis sind (ebd.). Für die wissenschaftliche Arbeit ist dies notwendig, da es so erst möglich wird sich auf bestimmte Bereiche zu spezialisieren bzw. Theorien auszuarbeiten (ebd.: 24). Doch sobald den Forschenden dieses Fundament sowie die Limitationen der eigenen Erkenntnis nicht mehr bewusst sind und diese nicht mehr hinterfragt werden, entsteht die Gefahr, eines selbstreferentielles System, das wenig Erklärungswert für gesellschaftliche Ereignisse bietet. Gerade dies wird dem ökonomischen Mainstream von Kritiker*innen vorgeworfen (Hirte und Thieme 2013: 37).

Häufig wird angenommen, die Neoklassik, die sich durch Gleichgewichtsmodelle, optimierende, rationale Agenten und einen methodischen Individualismus auszeichnet, sei jener unterhinterfragte Kern des ökonomischen Mainstreams (Barth und Rommel 2017: 3). Doch von Ökonom*innen wird vielfach eingewendet, dass die starren Annahmen weitgehend adaptiert oder aufgebrochen wurden und daher keine strenge Identifikation mit einer Theorieschule mehr möglich ist (ebd.: 6). Trotzdem beharren viele Kritiker*innen darauf, dass sich die Normalwissenschaft entlang der neoklassischen Grundkonturen[3] bewegt und die Ergänzungen nur Korrekturen oder Nuancierungen sind (ebd.: 16).
Ungeachtet dieser Diskussion kann der ökonomische Mainstream aber durch einige Elemente charakterisiert werden, die den Boden der Wissenschaft bilden (Kuhn 1962): Die ökonomischen, also sozialen, Phänomene werden in einer atomistischen und isolationistischen Perspektive betrachtet, hinter der die Annahme steht, dass diese als konstante Prozesse ablaufen und zu bestimmten Ergebnissen führen (Hirte und Thieme 2013: 6). Damit werden geschlossene Systeme und entsprechend auch geschlossene Kausalketten angenommen (Lawson 2005: 9), die als „Naturgesetze“ erscheinen, die analysiert und beschrieben werden können (Hirte und Thieme 2013: 25). Auch die Analyse erfolgt in Orientierung an den Naturwissenschaften, indem die zu erklärenden Phänomen in einem deduktiven Vorgehen aus den zu Grunde gelegten Axiomen, also Annahmen, Bedingungen, Heuristiken und scheinbar universellen Gesetzmäßigkeiten, hergeleitet werden (ebd.: 33). Die Axiome

[2] Diese Dominanz zeigt sich sowohl in Lehre, Forschung, aber auch in der Öffentlichkeit und Politik (Hirte und Thieme 2013: 22). Damit zeigt sich der enge Zusammenhang von Gesellschaft und Sozialwissenschaft.
[3] Diese sollen auf William Stanley Jevons, Carl Menger und Leon Walras aufbauen (Barth und Rommel 2017: 6).

bilden dabei die Voraussetzung der deduktiven Erklärung (ebd.: 31) und rechtfertigen sich, mit dem Anspruch eines Erklärungswerts für die soziale Welt. Doch tatsächlich wird durch Anwendung theoretischer Problembeschreibungen und Heuristiken erst der Denkhorizont entworfen, in dem Erkenntnis möglich ist (ebd.: 33). Der Umstand, dass das methodische Fundament als Erkenntnisnorm systematisch den Erkenntnishorizont und somit die möglichen normativen Implikationen in Form von Handlungsempfehlungen beeinflusst, wird im ökonomischen Mainstream allerdings meist nicht reflektiert, stattdessen sollen positive Aussagen über die Welt getroffen werden, die von normativen Empfehlungen klar zu trennen sind (Barth und Rommel 2017: 3). Doch der Denkhorizont ist immer schon normativ, da nur jene Aspekte der Wirklichkeit wahrgenommen werden können, für die eine Sprache oder Theorie existiert. Auch im Mainstream führt dieser Umstand zu einer internen Bestätigung der postulierten, ökonomischen Gesetzmäßigkeiten (Hirte und Thieme 2013: 37): So wird etwa Individuen, losgelöst von jeder Erfahrung, die Heuristik des nutzenmaximierenden Verhaltens unterstellt (Becker 1976). Dabei wird durch die zu Grunde gelegte Rationalität, die darin Ausdruck finden soll, dass das Individuum sich als „Nutzen-Optimierer“ verhält Hirte und Thieme 2013: 41), und den methodologischen Individualismus[4] die soziale Bedingtheit des Individuums negiert (ebd.: 31). Diese Heuristik scheint auf jegliches menschliche Verhalten anwendbar, wobei die Nutzenmaximierung nicht zwangsläufig offensichtlich rational sein muss, sondern selbst scheinbar nicht rationales Verhalten, rational sein kann, da auf diese Weise – bei gegeben Präferenzen - der individuelle Nutzen maximiert wird. Dazu wird angenommen, dass Individuen mehr oder weniger bewusst Kosten und Nutzen, die nicht unbedingt monetär sein müssen, abwägen und sich entsprechend entscheiden. Demnach agieren Individuen in einer regelmäßigen Determiniertheit (Hirte und Thieme 2013: 41), die sowohl individuell als auch kollektiv, etwa in Form von Unternehmen oder öffentlichen Institutionen anwendbar ist (Lazear 2000), sodass menschliches Verhalten berechenbar wird. Dabei soll mit dem ökonomischen Ansatzes jegliches menschliche Verhalten erklärt werden können (Becker 1976), sodass eine Ausweitung dieser Methode auf unterschiedliche Gesellschaftsbereiche angestrebt wird (Lazear 2000: 99).

Diese Form des deduktiven Vorgehens ermöglicht also durch bestimmte Annahmen das Aufstellen allgemeingültiger Gesetze, die trotz einer möglichen Verfälschung durch die Realität hinter den beobachtbaren Tatsachen bestehen sollen (Hirte und Thieme 2013: 33). Tatsächlich ist dieser vermeintlich unbewusst ablaufende Prozess der Nutzenmaximierung empirisch allerdings weder zu belegen noch zu widerlegen (Hodgson 2012). Damit ist rationales, also nutzenmaximierendes Verhalten nur erkennbar, insofern man mit dem Konzept vertraut ist, dann aber für jedes Verhalten

[4] Dieses Vorgehen ist charakteristisch für die liberale Theorie, für die das Individuum immer autonom ist (Hirte und Thieme 2013: 7).

als Heuristik anwendbar, sodass es nicht überrascht, dass die Ausweitung auf andere Gesellschaftsbereiche gelingt. Dabei erfolgt durch Verwendung abstrakter Verfahrensweisen eine zirkuläre Selbstbestätigung der ökonomischen Theorie: Zur Darstellung des Gegenstands und Bearbeitung von Forschungsfragen, werden in der Wirtschaftswissenschaft meist logisch-formale und deduktive Methoden, also Modellierungen und mathematische Formalisierungen verwendet (Hirte und Thieme 2013: 40). Zur Anwendung dieser Theorien auf Welt werden quantitativ-empirische und experimentelle Techniken herangezogen, wobei allerdings deduktive Axiome, wie bspw. die Annahme rationaler Agenten, in die Modellbildung einbezogen werden (ebd.: 47). Wechselwirkungen mit äußeren Einflüssen und Unsicherheit werden über mathematische Methoden, etwa über OLS-Schätzer, vermeintlich ausgeschaltet oder zumindest reduziert (ebd.: 41). So soll die mit der formalen Methode einhergehende Abstraktion es Ökonom*innen ermöglichen die gesellschaftliche Komplexität zu reduzieren (Lazear 2000: 103), um Aussagen und Vorhersagen über die soziale Welt zu treffen. Dabei wird in der wissenschaftlichen Gemeinschaft allerdings nicht über Geltungsbereich und Geltungsbedingungen der formal-abstrakten Methoden reflektiert. Stattdessen wird für die deduktiven Modelle absoluter Geltungsanspruch erhoben und auf Grund ihrer Exaktheit und Konsistenz soll den Ergebnissen auch von der Öffentlichkeit Geltung zugesprochen werden (Hirte und Thieme 2013: 40). Damit erfolgt die Bewertung ökonomischer Theorien einzig über ihre Vorhersagekraft, wobei diese als positive Wissenschaft erscheint, insofern die Theorie mit den eintretenden Ereignissen übereinstimmt (Friedman 1953: 4).

Dabei wird jedoch die Wechselwirkung von Wissenschaft und Gesellschaft negiert, denn indem abstrakte ökonomische Gedankenmodelle auf die soziale „Welt“ wirken, werden die entworfenen Modell-Mechanismen auf Grund ihrer Performativität Realität (Thieme und Hirte: 36): Eine bestimmte wissenschaftliche Wahrheit wird gesellschaftlich verankert, nach der in Folge Individuen handeln und damit diese „Wahrheit“ reproduzieren (Barth und Rommel 2017: 4). So ist etwa der „homo oeconomicus“ zur Regierungsrationalität geworden und gesellschaftliche Institutionen werden derart gestaltet, dass Individuen als „homo oeconomicus“ in einer regelmäßigen Determiniertheit agieren (Foucault 2017: 368). Bleibt dieser Umstand unreflektiert, sodass der Anspruch rein beschreibende Aussagen zu treffen (Mankiw 2014: 17), so erfolgt auch im Abgleich mit der Realität eine zirkuläre Fabrikation von Gewissheit, wie dies gegenwärtig im ökonomischen Mainstream der Fall ist. Durch die damit einhergehende Naturalisierung der Gesellschaft führt der positivistische Anspruch des Mainstreams dazu, dass eine andere Perspektive auf Ökonomie kaum möglich erscheint, da ja „Welt an sich“ abgebildet wird (Barth und Rommel 2017: 3).

3. Eine mögliche Demokratische Praxis

Der Ökonomische Mainstream hat also den Anspruch den Naturwissenschaften zu entsprechen (Heise 2016: 9) und objektive Erkenntnis zu generieren, sodass nur eine singuläre, richtige Erklärung sozialer und ökonomischer Phänomene, unabhängig vom Betrachter gelten kann (ebd.: 10). Dies impliziert eine Singularität der sozialen Realität (ebd.), die auf Grund der hegemonialen Stellung der Wissenschaft in der Gesellschaft nicht hinterfragt wird, während die Wirtschaftswissenschaft als Regierungsrationalität in den politischen Diskurs wirkt (Foucault 2017: 57). Im politischen Diskurs erhält diese Geltung, indem anhand der Wissenschaft jener rationale Konsens gefunden werden soll, mit dem in der liberalen Theorie soziale Probleme lösbar werden (Mouffe 2017: 19). Doch tatsächlich bedeutet der wissenschaftliche Anspruch der Objektivität eine Tilgung des Politischen und verunmöglicht eine demokratische Praxis, da von einer Autorität in Form der Wirtschaftswissenschaft diktiert wird, welche politischen Entscheidungen „richtig“ und „falsch“ sind (ebd.: 17). Die Legitimation von politischem Handeln durch solche moralischen Unterscheidungen ist nach Chantal Mouffe (2017) konstitutiv für den Liberalismus, der auf Grund seines Individualismus notwendigerweise die für das Politische konstitutive, antagonistische Dimension, eine möglicherweise unüberwindbare Differenz zwischen Interessensgruppen, negieren muss (ebd.: 18). Diese an sich historisch kontingente, liberale Gesellschaftsordnung und ihre Institutionen werden zur Absicherung der Herrschaftsverhältnisse im wissenschaftlichen und politischen Diskurs naturalisiert und erscheinen damit als hegemonialer Konsens (ebd.: 27). So zeigt sich der Versuch durch Verhandlungen einen rationalen Konsens zwischen unterschiedlichen Vereinigungen und Interessensverbänden mit verschiedenen Kompetenzen zu finden etwa auch in den Politikverschiebungen in Richtung „Governance“ (ebd.: 136). Zur Herstellung des Konsens zwischen allen Beteiligten werden die Akte der Ausschließung, auf denen jeder Konsens basiert und die antagonistische Dimension des Politischen schlicht negiert (ebd.: 19). Stattdessen wird auf die Meinung von Autoritäten wie etwa Wissenschaftler*innen vertraut, dies impliziert eine technokratische Konzeption von Politik, die auf Lösung technischer Probleme und nicht das aktive Engagement von Bürger*innen zielt (ebd.). Gleichzeitig kommt es bei dieser Form der Regierung zu einer Verschränkung von Fremd- und Selbststeuerung, wobei sich Individuen den wissenschaftlichen Erkenntnissen auf Grund des Autoritätsverhältnisses unterwerfen und in Folge scheinbar aus sich heraus den Anforderungen bzw. Wahrheitsvorstellungen entsprechend handeln (Foucault 1992: 9). Auch aus diesem Grund werden die gesellschaftlichen Verhältnisse kaum in Frage gestellt.

Da der rationale Konsens heute vordergründig über die wissenschaftliche Bearbeitung unterschiedlicher Problemstellungen hergestellt wird, muss die Gesellschaft Gegenstand der Wissenschaft werden und der Wissenschaft ein naturalistisches Gesellschaftsbild, mit scheinbar neutralen Gesetzmäßigkeiten, zu Grunde gelegt werden. Damit soll „objektiv“ die bestmögliche Lösung

gefunden werden: So ist die Bevölkerung im 18. Jahrhundert zum Gegenstand der Humanwissenschaft geworden, wobei die politische Ökonomie, die auf das Wohl von Bevölkerung und Staat zielt, zur Regierungsrationalität wurde (Foucault 2017: 33). Doch seitdem hat sich die Ökonomie zu einem eigenständigen Realitätsniveau verschoben, das sich, spätestens seit den 1980er Jahren, durch rein ökonomische Ziele, wie etwa Wirtschaftswachstum auszeichnet. Ein Fokus, der sich in der Politik zeigt (Schmelzer 2015) und wesentlich den Interessen der ökonomischen Eliten entspricht (Crouch 2008: 37), da auf diese Weise eine uneingeschränkte kapitalistische Akkumulation erstrebenswert erscheint. Gleichzeitig legitimiert die Naturalisierung der Gesellschaft das liberale Vorgehen, sodass sich die Humanwissenschaft, besonders die positivistische Volkswirtschaftslehre in Form der politischen Ökonomie und die bestehende gesellschaftliche Ordnung wechselseitig verfestigen: So wird auch im ökonomischen Mainstream jene normative Unterscheidung zwischen „richtig“ und „falsch“ zwischen „wissenschaftlich“ und „nicht-wissenschaftlich“ gezogen (Mouffe 2017: 17), deren politische Natur konsequent negiert wird. Dabei werden all jene Positionen, Denkschulen, Methoden oder Ansätze, die nicht dem Mainstream entsprechen, besonders jene, die mit anderen Methoden arbeiten, als „unwissenschaftlich“ abgewertet. Dies geht mit einer Negation der Legitimität dieser Perspektiven in der Gesellschaft einher. Damit ist die Mainstream-Ökonomie konstitutives Element für die Verunmöglichung eines demokratischen Diskurses und Prozesses innerhalb der Wissenschaft, der auf Grund der Performativität der Sozialwissenschaft in die Gesellschaft wirkt (Barth und Rommel 2017: 3). Indem es in einer naturalistisch geprägten Wissenschaft, wie der Ökonomie, nur eine legitime Wahrheit gibt, können andere Perspektiven oder Forderungen innerhalb von Wissenschaft und Gesellschaft nicht als legitim betrachtet werden. Durch die abstrakte Methode wird darüber hinaus systematisch Emanzipation von der wissenschaftlich postulierten Wahrheit verunmöglicht, da damit jeder eigenständige Gedankenvollzug und damit kritisches Hinterfragen verhindert wird. Indem diese einseitige Denkweise auf die Gesellschaft wirkt, wird Politik notwendigerweise „alternativlos“ und jegliche politische Maßnahmen können, auf Grund des naturalistischen Gesellschaftsbilds, nur „richtig“ oder „falsch“ sein, wobei die moralische Position der hegemonialen Ordnung absolut gesetzt wird. Damit wird das liberale-demokratische Modell verfestigt, das Individualisierung und Ungleichheit weiterbefördert und als einziges legitimes Bild der Welt erscheint (Mouffe 2017: 161).

Die Naturalisierung der Gesellschaft und die alternativlose Politik bedeuten eine Negation des Antagonismus zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen mit teils unvereinbaren Weltsichten. Während der Konflikt als nicht legitim erscheint, sollen im Liberalismus alle Beteiligten der wissenschaftlich begründeten, „natürlichen, einzig wahren Lösung“ zustimmen. Damit erscheinen all jene, die von dem rationalen Konsens absehen, als „Sie“, „Traditionalisten“ oder „Fundamentalisten“ und liegen in ihrer Weltsicht falsch. So wird die für das Politische konstitutive Unterscheidung zwischen

„Wir“ und „Sie“ zum unüberbrückbaren Antagonismus und die moralische und politische Dimension, die in diese Unterscheidung eingeht, wird von einer positivistischen Wirtschaftswissenschaft, die den Anspruch hegt die Welt „an-Sich“ abzubilden in scheinbar neutraler Weise dargestellt und damit schlicht negiert (Mouffe 2017: 67). Dieser Exklusionsmechanismus ist allerdings für eine lebendige demokratische Diskussion nicht förderlich (ebd.: 74): Der Versuch einer Transzendierung der „Wir“ - „Sie“-Beziehung scheitert zwangsläufig (ebd.: 29), sodass der negierte Antagonismus stattdessen zu einer Gefährdung der demokratischen Gesellschaft wird. Er führt zur Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen, die sich dem liberalen Konsens nicht zugehörig fühlen und in Folge auch zu politischen Reaktionen wie etwa Populismus (ebd.: 92).

Soll die demokratische Gemeinschaft nicht zerstört werden, so müssen die Auseinandersetzungen in einer Art konstruiert werden, die die Forderungen des Anderen als legitim erscheinen und die unüberwindbare Feindschaft zu einer Gegnerschaft von Interessen werden lässt (ebd.). Diese Form der Beziehung bezeichnet Chantal Mouffe (2017) als Agonismus. Konfligierenden Parteien erkennen hier die Legitimität ihrer Opponenten an und sehen ein, dass es für manche gesellschaftlichen Konflikte keine rationale Lösung gibt (ebd.: 30). Trotzdem kann in einem politischen Prozess versucht werden anhand eines „konfliktualen Konsens“ eine Lösung für besagte Probleme zu finden, die allerdings, zumindest zum Teil, immer von Machtfragen entschieden wird (ebd.: 69). Politische Institutionen und formelle Rechtsgrundlagen sollen dabei legitime Artikulationsmöglichkeiten für unterschiedliche Interessensgruppen bieten (ebd.: 30) und die demokratische Diskussion soll zur realen Konfrontation werden, in der Gegner unter Einhaltung eines bestimmten Regelkanons die anderen Standpunkte zwar bekämpfen, aber auch akzeptieren (ebd.: 70). Nur politische Forderungen, die sich außerhalb des Rahmens der demokratischen Institutionen bewegen, können in einer demokratischen Gesellschaft und ihren Institutionen nicht als legitim anerkannt werden (ebd.: 158). Diese Trennung zwischen legitimen und nicht legitimen Positionen ist allerdings selbst eine politische Entscheidung, da die gesellschaftliche Bindung an demokratische Werte und Institutionen nicht in deren größerer Vernünftigkeit oder Wahrheit liegt, sondern schlicht die vorherrschende liberale, gesellschaftliche Lebensform darstellt. Demnach sind die demokratischen Institutionen gesellschaftlich konstruiert und kein Ausdruck einer universellen Moral (ebd.: 159). Trotzdem ist es notwendig sich auf einen gemeinsamen Rahmen zu verständigen, der die Grundlage der Demokratie darstellt, während über die Interpretation dieser Werte Dissens bestehen kann, der in den Institutionen ausgetragen werden kann. Chantal Mouffe (2017) plädiert als Grundlage der Demokratie für einen Konsens über die Werte der Freiheit und der Gleichheit aller (ebd.: 158).

Konstitutives Element einer funktionierenden Demokratie ist es also den Antagonismus nicht, wie es im Liberalismus der Fall ist, zu negieren, sondern diesen anzuerkennen und die politischen Institutionen zu bieten, um einen Aushandlungsprozess zwischen unterschiedlichen legitimen Interessen zu ermöglichen (ebd.: 31). Gleichzeitig benötigt eine Gesellschaft, in der unterschiedliche Interessensgruppen in engem Austausch stehen, auf Grund der dominanten Rolle der Wissenschaften auch eine Plurale Sozialwissenschaft, um diese Perspektiven und Interessen glaubwürdig zu artikulieren. Das bedeutet, dass zur Ermöglichung dieses demokratischen Prozesses, der Pluralismus in allen gesellschaftlichen Institutionen, auch in der Wissenschaft, anerkannt werden muss. Besonders da der wissenschaftliche Wahrheitsanspruch in die Gesellschaft wirkt, erscheint es für einen lebendigen politischen Diskurs notwendig, dass auch im wissenschaftlichen Diskurs unterschiedliche Positionen verschiedener Denkstilen (Fleck 1980) verhandelt werden. Diese Positionen können etwa gesellschaftlichen Interessensgruppen entsprechen, die damit legitime politische Forderungen stellen können, anstatt, dass ein Denkstil in Form des ökonomischen Mainstreams die politischen Handlungsmöglichkeiten bestimmt. Damit wären politische Entscheidungen tatsächlich politische Entscheidungen, die in einem öffentlichen Diskurs oder anderen demokratischen Institutionen verhandelt werden müssten.

4. Eine plurale Ökonomie für eine demokratische Gesellschaft

Die Wirtschaftswissenschaften sollte sich dementsprechend als Sozialwissenschaft verstehen und die Multiperspektivität der sozialen Welt sowie gegebenenfalls auch die Unvereinbarkeit mancher Sichtweisen anerkennen. Daher kann es auch nicht ihr Ziel sein die soziale Welt an sich abzubilden, die durch das Zusammenfügen unterschiedlicher Theorien erklärt werden kann, sondern das Bild wird zwangsläufig, wie die erlebte soziale Realität unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen, unvollständig und widersprüchlich sein. Die Wirtschaftswissenschaft sollte jedoch einen Diskursraum bieten, in dem unterschiedliche legitime Perspektiven formuliert werden und in Austausch treten können. Aufgabe von Sozialwissenschaftler*innen – und damit ebenso Ökonom*innen - kann es nun sein, einen Zugang zu den unterschiedlichen Realitäten zu schaffen sowie deren Problembeschreibungen und legitimen Interessen artikulierbar zu machen. Doch auch Sozialwissenschaftler*innen sind zwangsläufig selbst in das soziale Gefüge eingebunden, sodass diese einem bestimmten Denkstil verhaftet sind, der direkt auf Fragestellung und Ergebnis der Forschung wirkt (Fleck 1980: 58). Dieser Umstand macht es notwendig, dass Wissenschaftler*innen ihre eigene Position sowie die Bedingungen ihrer Erkenntnis reflektieren und damit ein Bewusstsein über die Grenzen ihres Denkens erhalten. Dazu sollte der notwendige reflexive Rahmen zur Verfügung stehen und gleichzeitig innerhalb der Wissenschaft die Offenheit eingefordert werden, mit anderen Perspektiven in Austausch zu treten.

Pluralismus erscheint dabei essentiell, da die Verneinung einer Denkweise in einer Sozialwissenschaft, ob von Wissenschaftler*innen oder Bürger*innen, die Desintegration der Betroffenen in das soziale System befördert. Daher kann diese Forderung auch nicht lediglich ein rein quantitatives mehr an Methoden oder Theorien bedeuten, sondern besonders bisher nicht vertretene Standpunkte und Perspektiven sollten einbezogen werden (Barth und Rommel 2017: 12). Ich möchte also unter Pluralismus in der Ökonomie nicht bloß eine Vielfalt von Theorien verstehen, die es ermöglichen die eine Welt zu beschreiben (Mäki 1997); dieser Ansatz greift zu kurz. Stattdessen sollte sich die Wirtschaftswissenschaft als Sozialwissenschaft von der Vorstellung der einen objektiv beschreibbaren „wahren" Welt verabschieden, da dieses Verständnis der sozialen Welt notwendigerweise den Ausschluss bestimmter sozialer Gruppen bedeutet. Soll die wissenschaftliche Arbeit am Erleben verschiedener Gruppen ansetzen, so kann dies nur die Akzeptanz eines ontologischen Pluralismus bedeuten, der die widersprüchlich erlebte soziale Realität auffangen kann (Heise 2016: 20). Dabei soll das Forschen „Über"[5] beendet und stattdessen ein Forschen „Mit"[6] angestrebt werden, sodass die Ökonomie immer in engem Austausch mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen steht. Da es allerdings nicht möglich ist, den eigenen Denkhorizont in der wissenschaftlichen Arbeit aufzugeben, sollte die Zusammensetzung der Ökonom*innen möglichst divers sein, um unterschiedliche Erfahrungs- und Denkhorizonte zu vertreten. Aus diesem Grund sollte eine Plurale Wissenschaft Zugangsbarrieren abbauen.

In Folge sollten auch in der Ökonomie unterschiedliche Perspektiven nebeneinanderbestehen und in Austausch treten können, auch ohne, dass allgemeine Standards zum Vergleich dieser Denkstile angelegt werden (Feyerabend 1979: 172). Stattdessen sollen der Denkstil des*der Forschenden sowie der Gegenstand und die Forschungsfrage wesentlich den Forschungsprozess bestimmen. Das heißt für die Wirtschaftswissenschaft in letzter Konsequenz: „Nichts ist wahr, alles ist erlaubt." (Nietzsche 2013b: 24). Doch unter diesem Satz darf keineswegs eine Beliebigkeit im Vorgehen – weder in Theorie noch Methodologie - verstanden werden, sondern lediglich die Akzeptanz anderer Blickwinkel auf die Welt (Heise 2016: 21), die in Denkstilen (Fleck 1980) verfestigt werden. Diese Denkstile bestimmen in Folge das Denken und Arbeiten einer Gruppe von Wissenschaftler*innen und müssen entsprechend in sich ontologisch, epistemologisch, methodologisch und thematisch schlüssig sein. Um das Bewusstsein über das gemeinsame Fundament innerhalb der unterschiedlichen Denkschulen zu verfestigen, ist eine breite Diskussion über die der Forschung zu Grunde liegenden Annahmen in einem „ontologisch reflexiven Pluralismus" notwendig (Bigo und Negru 2008). Diese Form des Pluralismus fordert ein, dass der*die Forschende sich über sein*ihr eigenes ontologisches Fundament bewusstwird und die eigenen

[5] Damit meine ich die grundsätzliche Trennung von Subjekt und Objekt in der Forschung.
[6] Hier wäre es notwendig, dass der*die Forschende seine Position grundlegend reflektiert, das heißt seinen eigenen sozialen Kontext in der Gesellschaft bei den Forschungsergebnissen reflektiert.

Annahmen, also etwa die Kategorien, den Gegenstand und die Methoden, in der Arbeit offenlegt. Dabei müssen die Gedankengänge, das Vorgehen und die Ergebnisse gut nachvollziehbar gestaltet sein, um Austausch, Diskussion, Verständnis und Akzeptanz zwischen Forschenden unterschiedlicher Denkstile zu gewährleisten. Nur auf diese Weise kann in einer Pluralen Wissenschaft die notwendige wissenschaftliche Konsistenz und Qualität sichergestellt werden (Kurze 2018: 131).

Gleichzeitig resultiert aus der engen Wechselwirkung zwischen Gesellschaft und Forschung eine gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft (Barth und Rommel 2017: 21). Denn auf Grund der besonderen Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft (Feyerabend 1979: 99), wirkt auch der Wahrheitsanspruch der Wirtschaftswissenschaft in die Gesellschaft, doch gleichzeitig konstituieren gesellschaftliche Machtverhältnisse, also Interessensgruppen, Werte und Normen das Wissensfeld der Ökonomie (Foucault 1976). Möchte die Sozialwissenschaft dieser Verantwortung nachkommen und nicht eine unreflektierte Unterwerfung der Gesellschaft unter ihren Wahrheitsanspruch befördern, so ist eine reflexive Wissenschaft Voraussetzung (Barth und Rommel 2017: 21): Sozialwissenschaftler*in sollten sich ihrer eigenen Grundannahmen und der Interessen, die hinter dem wissensschaffenden Prozess stehen, bewusst werden, da nur dies das Abschätzen der Wirkung der Theorie ermöglicht. Erst durch das Offenlegen der Annahmen und Grenzen der Erkenntnis erscheint ein reflektierter Blick der Gesellschaft auf die Wissenschaft möglich. Indem das gesellschaftliche Verständnis über das Vorgehen und die Annahmen verbessert wird, kann auch einer fraglosen Unterwerfung der Gesellschaft unter die wissenschaftlichen Aussagen vorgebeugt werden (Foucault 1992: 12). Stattdessen ist nun eine reflektierte Unterwerfungen und Orientierung an bestimmten Handlungsanweisungen möglich, die ein Subjekt oder eine gesellschaftliche Gruppe für gut befindet und damit im politischen Diskurs verteidigen kann und möchte (ebd.: 14).

Das bedeutet jedoch auch, dass sich die Wirtschaftswissenschaft nicht relativ zu einer Methode definieren[7] sollte, sodass diese Selbstzweck ist, sondern zum Verstehen gesellschaftlicher Prozesse oder Verhältnisse beitragen sollte, die in Zusammenhang mit dem Gegenstandsbereich der Ökonomie und den ökonomischen Herrschaftsverhältnissen stehen. Entsprechend sollte die Wissenschaft an ihrer „Nützlichkeit für das Leben“ bemessen werden (Nietzsche 2013a: 98), wobei von der Annahme, dass die Vernunft alle Probleme lösen würde, Abstand genommen werden sollte (Nietzsche 2013b: 193). Eine lebensdienliche Wissenschaft sollte anstatt auf einer rationalistisch-deduktiven Herangehensweise auf Erfahrung aufbauen und damit tatsächlich einen Bezug zum Leben haben und nicht nur durch gut gewählte Beispiele vortäuschen. Auf diese Weise hätte die Wirtschaftswissenschaften auch einen direkten „Wert für das Leben“, der darin bestände

[7] Dies ist in der gegenwärtigen Volkswirtschaftslehre der Fall (etwa: Lazear 2000).

unterschiedliche Interessen artikulierbar zu machen, verschiedene Problemanalysen sowie mögliche Lösungsansätze anzubieten und damit zur politischen Diskussion über den konfliktualen Konsens beizutragen (Mouffe 2017: 69). Unterschiedliche Perspektiven in der Ökonomie sind dazu unerlässlich, ein eigenständiger Diskurs innerhalb der Denkstile würde es erst ermöglichen andere Problemanalysen und Lösungsansätze zu präsentieren und das Offenlegen der eigenen Grundannahmen würde es ermöglichen innerhalb der Wissenschaft auf einer anderen Ebene miteinander zu sprechen, da so die Unterschiede zu anderen Perspektiven verstanden und als legitim anerkannt werden könnten. Damit würde der unproduktive Vorwurf der „Unwissenschaftlichkeit", mit dem in der Volkswirtschaftslehre immer wieder andere Ansätze diskreditiert werden, der aber letztlich lediglich einen Diskursabbruch bedeutet, seine Legitimität verlieren und Wissenschaftler*innen unterschiedliche Denkstile könnten tatsächlich voneinander lernen. Gleichzeitig ist allerdings innerhalb der Wissenschaft kein Konsens über den Wahrheitsgehalt oder die Richtigkeit der Forschungsergebnisse zwischen den verschiedenen Denkstilen notwendig, dieser kann in Folge Gegenstand eines politischen Aushandlungsprozesses sein.

Eine solche Wirtschaftswissenschaft würde einem demokratischen Prozess nicht mehr konträr gegenüberstehen, da es unterschiedliche legitime Perspektiven auf die Welt gäbe, die allerdings bestimmten, zuvor festgelegten Standards entsprechen, wie etwa einer bestimmten ontologischen, epistemologischen und methodologischen Stringenz oder der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit (Kurze 2018: 128). Selbstverständlich wird auch damit eine willkürliche Grenze über die Definition von Wirtschaftswissenschaft festgelegt, doch erscheint diese zumindest als notwendige Konsequenz der antagonistischen Dimension des Politischen: Indem unterschiedliche legitime Denkstile nebeneinander bestehen und ihre Problemanalysen und Lösungsansätze einbringen, würde die Verkürzung des demokratischen Prozesses durch den Wahrheitsanspruch der Wissenschaft aufgehoben werden. Gleichzeitig würde der Staat durch Ermöglichung und Förderung einer pluralen Wirtschaftswissenschaft letztlich jene demokratischen Institutionen bieten, die Chantal Mouffe fordert, um einen politischen Konflikt über unterschiedliche legitime Interessen austragen zu können. Indem nämlich innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses[8] unterschiedliche legitime Ergebnisse bzw. Standpunkte formuliert werden, obliegt es nun tatsächlich den politischen Institutionen diese zu verhandeln. Damit würde bis zu einem gewissen Grad auf die gegenwärtige Hegemonie des wissenschaftlichen Wahrheitsanspruchs aufgebrochen werden können, indem die Wahrheitsfindung zu einem politischen Prozess wird. Letztendlich erscheint dies als mögliche Perspektive, um die neoliberale Hegemonie zu brechen, da sich die neoliberale Gouvernmentalität wesentlich auf den Wahrheitsanspruch der Ökonomie stützt.

[8] Damit wird zwar die Hegemonie der Wissenschaft bis zu einem bestimmten Punkt reproduziert, doch erscheint es mir ein guter Schritt in Richtung einer „freien" Gesellschaft, in der die Menschen das Recht haben so zu leben, wie sie wollen (Feyerabend 1979: 184).

5. Literatur:

Barth, Jonathan und Florian Rommel. 2017. Auf dem Weg zu einer transformativen Wirtschaftswissenschaft.

Becker, Gary. 1976. The Economic Approach.

Bigo, Vinca und Iona Negru. 2008. From fragmentation to ontologically reflexive pluralism. In: Journal of Philosophical Economics, 1(2), S. 127-150.

Crouch, Colin. 2008. Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Feyerabend, Paul. 1979. Erkenntnis für freie Menschen. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Fisher, Mark. 2013. Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Hamburg: VSA Verlag.

Fleck, Ludwig. 1980. Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Foucault, Michel. 1976. Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. 1. Band. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Foucault, Michel. 1992. Was ist Kritik?

Foucault, Michel. 2017. Die Geburt der Biopolitik. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Friedman, Milton. 1953. Essays in Positive Economics.

Heise, Arno. 2016. Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften – Klärungen eines umstrittenen Konzepts. Expertise für die Hans Böckler Stiftung.

Hirte, Katrin und Sebastian Thieme. 2013. Mainstream, Orthodoxie und Heterodoxie: Zur Klassifizierung der Wirtschaftswissenschaften, Discussion Papers, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien, No. 38, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien, Hamburg

Kuhn, Thomas S. 1962. The Structure of Scientific Revolutions. Third Edition. Chicago and London: The University of Chicago Press.

Mäki, Uskali. 1997. The one world and the many theories.

Mankiw, N. Gregory. 2014. Die Grundzüge der Volkswirtschaftslehre.

Mouffe, Chantal. 2017. Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Nietzsche, Friedrich. 2013a. Menschliches, Allzumenschliches. Zweiter Band. Felix-Meiner Verlag Hamburg.

Nietzsche, Friedrich. 2013b. Zur Genealogie der Moral. Götzen Dämmerung. Felix-Meiner Verlag Hamburg.

Schmelzer, Matthias. 2015. The growth paradigm: History, hegemony, and the contested making of economic growthmanship. In: Ecological Economics. Nr. 118. 262-271.